

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Unser Land braucht seine Zeitungen - Alternativen zu Arbeitsplatzabbau und Tarifflicht aufzeigen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Demokratie lebt von der Presse- und Meinungsfreiheit. Die in Mecklenburg-Vorpommern ansässigen Regionalzeitungen leisten einen wichtigen Beitrag für den demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozess. Mit der zunehmenden Digitalisierung stehen die Verlage vor großen wirtschaftlichen und strukturellen Herausforderungen. Das Medienkonsumverhalten ändert sich, die Nachfrage nach klassischen Printmedien geht zurück. Mit Sorge ist zu beobachten, dass diese Entwicklung vielfach mit massivem Arbeitsplatzabbau, der Zusammenlegung von Redaktionen und Tarifflicht beantwortet wird. Qualitätsjournalismus benötigt jedoch gute Rahmenbedingungen.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den Dialog mit der Madsack-Mediengruppe zu suchen und deutlich zu machen, dass ein auf Tarifflicht abzielendes Geschäftsmodell dem selbst formulierten Anspruch, die Tarifbindung in Mecklenburg-Vorpommern zu stärken, entgegensteht.
2. dem Landtag darzulegen, welche Maßnahmen jenseits von Tarifflicht und Arbeitsplatzabbau aus ihrer Sicht geeignet erscheinen, um die im Land erscheinenden Regionalzeitungen zukunftsfähig zu machen und wie dieser Prozess gegebenenfalls durch das Land unterstützt werden kann.

3. die von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Deutschen Journalistenverband im Rahmen der Kampagne „Unser Land braucht seine Zeitungen. Qualität und Vielfalt sichern“ unterbreiteten Forderungen zur Überarbeitung des Landespressegesetzes zu prüfen und dem Landtag zeitnah eine Bewertung vorzulegen.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Wenige Tage vor dem 65. Jubiläum der Ostsee-Zeitung teilte der Betriebsrat mit, dass die Konzernleitung der Madsack-Mediengruppe, deren größter Einzelgesellschafter die SPD Medienholding ddvg ist, beabsichtigt, neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter künftig nur noch in tariflosen Tochtergesellschaften einzustellen. Die bisherigen tariflichen Regelungen entsprächen aus Arbeitgebersicht nicht mehr den „Marktgegebenheiten“. Folglich seien künftig „leistungsgerechte“ (geringere) Gehälter bei verlängerten Arbeitszeiten sowie reduzierten Urlaubsansprüchen und Sonderzahlungen notwendig.

Nach Berechnungen der Arbeitnehmervertretung bedeutet dies Einbußen von bis zu 25 Prozent gegenüber dem Tarif. Diese Entwicklung steht in deutlichem Widerspruch zur Stärkung der Tarifbindung in Mecklenburg-Vorpommern, einem zentralen Anliegen der Landesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen. Daher steht die Landesregierung in der Pflicht, deutlich zu machen, dass ein auf Tariffucht abzielendes Geschäftsmodell abzulehnen ist. Darüber hinaus soll sie darlegen, welche Möglichkeiten sie sieht, die regionalen Zeitungen bezüglich der Herausforderungen, die mit der Digitalisierung einhergehen, zu unterstützen und wie sie die Vorschläge der gemeinsamen Kampagne von DJV, DGB und ver.di zur Novellierung des Landespressegesetzes bewertet.